

91.034

Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Änderung
Loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite. Modification

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1405 hiervoor – Voir page 1405 ci-devant
 Beschluss des Ständerates vom 29. November 1994
 Décision du Conseil des Etats du 29 novembre 1994

Art. 56 Ziff. 2; 68b Abs. 3; 85a Abs. 2; 92 Abs. 1 Ziff. 8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 56 ch. 2; 68b al. 3; 85a al. 2; 92 al. 1 ch. 8

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Epiney Simon (C, VS), rapporteur: Après les dernières décisions du Conseil des Etats, nous avons quatre divergences à examiner.

La première se situe à l'article 56 chiffre 2, et cela concerne les fêtes en matière de poursuite. Je rappelle à votre intention ce qui figure dans le projet du Conseil fédéral, dans la décision du Conseil des Etats et dans la première décision de notre Conseil. Le Conseil fédéral voulait des fêtes de l'ordre de 60 jours par année. Le Conseil national, lui, était extrêmement restrictif, il ne désirait des fêtes que 7 jours avant et après les fêtes de Noël, alors que le Conseil des Etats a cherché une solution de compromis en décidant que les fêtes se situent 7 jours avant et après les fêtes de Pâques et de Noël ainsi que du 15 au 31 juillet, donc pendant 42 jours.

Votre commission vous propose de vous rallier à la décision du Conseil des Etats, qui est un compromis tout à fait acceptable et qui, surtout, répond à un besoin et permet aussi au personnel des offices concernés de mieux concentrer les vacances.

C'est pour cette raison qu'au nom de la commission unanime, je vous invite à adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Steinegger Franz (R, UR), Berichterstatter: Wir stehen im Differenzbereinungsverfahren mit dem Ständerat. Ich möchte gerade zu allen Anträgen der Kommission Stellung nehmen. Ich würde einmal sagen, dass der Ständerat vielleicht gewisse schuldnerefreundliche Anwendungen hatte, im Gegensatz zum Nationalrat. Trotzdem beantragt Ihnen Ihre Kommission, dass wir nunmehr – da wo noch Differenzen bestehen – dem Ständerat zustimmen.

Es betrifft das die Frage der Betreibungsferien. Es hat mir zwar ein Bürger geschrieben, man sollte von «Betreibungspause» und nicht von «Betreibungsferien» reden. Aber das wollen wir auch nicht mehr ändern.

Es betrifft weiter die Frage, die sich im Zusammenhang mit dem Gesamtgut stellt, und schliesslich die Fragen der negativen Feststellungsklage und der Fürsorgeleistungen. Hier wird nun die gesetzliche Regelung dazu führen, dass diejenigen, die Fürsorgeleistungen beanspruchen können, jeweils nur Leistungen erhalten, wenn sie bar bezahlen oder zum voraus bezahlen.

Ich möchte Ihnen insgesamt beantragen, den Anträgen des Ständerates zu folgen.

Angenommen – Adopté

94.052

PTT. Voranschlag 1995
PTT. Budget 1995

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. Oktober 1994
 Message et projet d'arrêté du 19 octobre 1994

Bezug bei der Generaldirektion PTT,
 Viktoriastrasse 21, 3030 Bern
 S'obtiennent auprès de la Direction générale des PTT,
 Viktoriastrasse 21, 3030 Berne

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Züger Arthur (S, SZ), Berichterstatter: Die PTT wollen auch 1995 mit schwarzen Zahlen aufwarten. Das Budget für das kommende Jahr sieht einen Unternehmensgewinn von 301 Millionen Franken vor. Der Cash-flow ist auf 3810 Millionen Franken veranschlagt. Die Investitionen stabilisieren sich bei 4,013 Milliarden Franken. Dank fortgesetzten Spar- und Rationalisierungsmassnahmen und einem griffigen Kostenmanagement festigen die PTT ihre Finanzkraft.

Der vorgesehene Unternehmensgewinn von 301 Millionen Franken bewegt sich im Rahmen des Vorjahresbudgets, wobei dieses Ergebnis nach ausgewiesenen Zusatzabschreibungen von 450 Millionen Franken erreicht werden soll. Die kürzeren Lebenszyklen der technischen Anlagen sowie Überkapazitäten bei zweckgebundenen Gebäuden machen diese Abschreibungen nötig. Die in früheren Jahren eingeleiteten Rationalisierungsmassnahmen wirken sich nun positiv auf das Budget 1995 aus.

Bei der Post sind es die neuen Dienstleistungs- und Verarbeitungskonzepte für die Brief- und Paketpost sowie das Rationalisierungsprojekt «Maîtrise des coûts». Die Telecom strebt Kosteneinsparungen durch konsequente Ausrichtung der Projekte auf Markterfolg, hohe Wirtschaftlichkeit und Nutzung weiterer Rationalisierungspotentiale an. Ein weiteres Element ist die Anpassung der Personalkapazität. 1995 werden 59 041 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, 2355 weniger als 1994 budgetiert. Im laufenden Jahr wird der Bestand voraussichtlich um rund 1000 Personen unter der im Budget vorgesehenen Zahl liegen. Deshalb und dank vorzeitigen Pensionierungen, im Rahmen der Aktion «Solidarität», kann der Personalabbau 1995 realisiert werden. Zudem wird es möglich sein, vermehrt berufserfahrene Fachleute mit neuem Wissen einzustellen.

Auf den 1. Januar 1995 werden alle Dienstleistungen der Telecom, der Postautodienst, die Beförderung von Paketen über 5 Kilogramm, von Zeitungen und Zeitungsbeilagen sowie von Sendungen ohne Adresse der Mehrwertsteuer unterstellt. Aus Rücksicht auf die Konsumenten und die Marktsituation verzichten die PTT auf eine integrale Überwälzung der Mehrwertsteuer auf sämtliche Dienstleistungen.

Zur Harmonisierung der Tarifstruktur sind 1995 verschiedene Tarifanpassungen mit Mindereinnahmen von insgesamt 111 Millionen Franken vorgesehen. Die Post plant Erhöhungen von 80 Millionen Franken bei der Briefpost, den Zeitungen, den Zeitschriften sowie beim Postautodienst. Telecom PTT senkt die Tarife gesamthaft um 191 Millionen Franken.

Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen betragen 479 Millionen Franken. Die eingeleitete Revision von Artikel 10 des Postverkehrsgesetzes bezweckt, dass das Defizit bei den Zeitungen künftig nicht mehr allein von den PTT, sondern auch vom Bund und den Zeitungsverlegern getragen werden muss; dabei handelt es sich um das sogenannte Drittelsmodell. Für 1995 ist erstmals ein Abgeltungsbetrag des Bundes von 75 Millionen Franken vorgesehen.

Auch beim Postautodienst zeichnet sich eine Lösung ab. Mit der Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen des Eisenbahngesetzes – es ist derzeit in Revision – wird der Bund voraussichtlich ab 1996 den Fehlbetrag beim Postautodienst übernehmen.

Mit etwa 4 Milliarden Franken liegen die Investitionen im Bereich des Vorjahresbudgets. Während die Investitionen in Liegenschaften und Anlagen mit 3,4 Milliarden rückläufig sind, erfordern Liberalisierung und Internationalisierung ein vermehrtes Eingehen von Allianzen und Beteiligungen mit Partnerunternehmen. Dafür sind denn auch 595 Millionen vorgesehen. 1995 kommen die PTT dem Ziel der Selbstfinanzierung nahe, können sie doch die Investitionen mit dem Cash-flow von 3,8 Milliarden Franken zu 95 Prozent finanzieren.

Nachdem in den letzten Jahren das Schwergewicht der unternehmerischen Massnahmen in erster Linie auf Kosteneinsparung gelegt wurde, gilt es angesichts der wachsenden Konkurrenz und der weitgehend stagnierenden Verkehrsentwicklung das Dienstleistungsangebot auszubauen und noch gezielter auf die Kunden auszurichten. Nur mit einer innovativen und leistungsfähigen Dienstleistungspalette und der Erschliessung neuer Märkte können die PTT auch in Zukunft bestehen.

Diesen Überlegungen möchte ich folgendes hinzufügen, das ich ganz besonders unterstreiche – ein Wort zum Zahlungsverkehr –: Der Postzahlungsverkehr kann trotz des schwierigen Umfeldes, auf das ich zurückkomme, beeindruckende Ergebnisse vorweisen. Er hat die Zahl von 1,5 Millionen Kontoinhabern im Juni 1994 überschritten, und bis Ende Dezember werden weitere 30 000 dazukommen. Die Zahl der Transaktionen wird sich 1994 voraussichtlich auf gegen 580 Millionen belaufen, und die ruhenden Kundengelder, der sogenannte Bodensatz, betrug im Schnitt der ersten neun Monate des laufenden Jahres knapp 13 Milliarden Franken.

Dies alles war möglich, obschon die Bedingungen im Markt für den Zahlungsverkehr äusserst ungünstig und besonders schwierig sind, weil sie durch überholte Gesetze regiert werden, die einer Marktwirtschaft unwürdig sind und es nicht erlauben, der scharfen Konkurrenz der Banken standzuhalten. So weigern sich die Banken, im Bereich der Bancomat- und Postomat-PC sowie bei Eftpos mit der Post zusammenzuarbeiten, was volkswirtschaftlich doch sehr vernünftig wäre. Das Gesetz schreibt ferner vor, dass sich die Zinsen des Zahlungsverkehrs 1 Prozent unter dem Diskontsatz der Nationalbank bewegen. Ferner können im Postzahlungsverkehr Zinsen nur bis zu einem Kontostand von 10 000 Franken bezahlt werden. Und nochmals: Trotz all dieser Hindernisse erzielt die Post im Zahlungsverkehr sehr gute Ergebnisse.

Übrigens beleuchten die obenerwähnten Zahlen nur einen Teil der Wirklichkeit. Wenn man den guten Geschäftsgang des Zahlungsverkehrs und sein Weiterbestehen sichern will, wird es Zeit, über eine Ausweitung im Sparbereich nachzudenken. Das Postsparteil wäre ein nützliches Instrument für alle Sparer in der Schweiz. Ausserdem wäre dies ein wirklicher Beitrag zum Weiterbestehen einer gesunden und notwendigen Konkurrenz in diesem Bereich.

Der Finanzplan PTT schliesst für 1996 bzw. 1997 mit Überschüssen von rund 330 und 400 Millionen Franken ab. Die Investitionen werden auf 4 Milliarden Franken pro Jahr auf dem Niveau des Budgets 1995 stabilisiert und können – das ist sehr erfreulich – ab 1996 vollständig durch den Cash-flow finanziert werden. Risiken ergeben sich aus der Liberalisierung der internationalen Märkte und dem damit verbundenen Wettbewerbsdruck.

Im Namen der einstimmigen Finanzkommission bitte ich Sie, dem PTT-Voranschlag 1995 zuzustimmen.

Abschliessend noch ein persönliches Wort zur flächendeckenden Grundversorgung unseres Landes mit Post- und Telecom-Leistungen im allgemeinen und zum Netzmonopol im besonderen.

Ich hoffe sehr, dass die PTT ihren «Service public», ihre flächendeckende Grundversorgung, aufrechterhalten. Wir brauchen ihn besonders im Postbereich. Aber auch im Fernmeldewesen braucht es die flächendeckende Grundversorgung. Die Stellungnahme des Bakom gegen das Netzmonopol der PTT im Telecom-Bereich ist höchst beunruhigend. Ich warne davor, dieses Netzmonopol vorschnell aufzugeben. Das vom Bakom in den Vordergrund gerückte Fondsmodell zur Abgeltung von Grundversorgungslasten muss sehr kritisch geprüft werden, insbesondere auch hinsichtlich Wirtschaftlichkeit un-

ter Ausnützung der heute bestehenden Netzinfrastruktur der PTT. Es sollten auch Alternativen studiert werden, die volkswirtschaftlich vertretbar sind.

Eine Fondslösung, die für die Abgeltung von Grundversorgungslasten und für die Versorgungssicherung eine neue Bürokratie erfordert und allenfalls zu teuren parallelen Netzinfrastrukturen führt, könnte keine taugliche Lösung sein.

Ich plädiere für die Aufrechterhaltung des Netzmonopols, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass mit der Infragestellung der flächendeckenden Grundversorgung mit Post- und Telecom-Leistungen die Reform der PTT insgesamt in Frage gestellt wird.

Camponovo Geo (R, TI), relatore: Contrariamente al relatore di lingua tedesca, mi limiterò a delle considerazioni della commissione, senza uscire in considerazioni di carattere personale. L'Azienda delle PTT presenta per il 1995 degli obiettivi invero ambiziosi, nel suo complesso e per le sue componenti Posta e Telecom. L'azienda è sempre più confrontata con il mercato libero e si trova nel bel mezzo di una vasta operazione di ristrutturazione; in questo clima si pone degli obiettivi generali che indicherò brevissimamente e succintamente.

Il primo: continua l'azione di contenimento del personale. Si prevede di ridurlo nel prossimo anno del 3,8 per cento. Ha avuto e sta registrando successo l'azione tesa a favorire il pensionamento anticipato. Non è un'operazione fine a se stessa, perchè questa operazione permette di assumere personale giovane, di assumere il necessario personale altamente specializzato, e permette pertanto di porsi di fronte al mercato, al libero mercato, con più forza e potenza penetrativa. Continua, contemporaneamente a questa azione di riduzione del personale, l'azione di aggiornamento del personale stesso.

Un altro ambizioso obiettivo è quello del mantenimento di un volume di investimenti ragguardevole, 4 miliardi di franchi all'anno. E poi vi sono gli obiettivi di carattere gestionale e finanziario che sono estremamente interessanti: l'aumento del valore aggiunto, l'aumento del volume degli ammortamenti, l'aumento del cash flow, l'aumento del grado di autofinanziamento. Sono indici positivi di un'azienda che sta affrontando con dinamismo i suoi compiti. Si prevede un utile per il 1995 di 300 milioni di franchi circa.

La vostra commissione è convinta che l'azienda si sta muovendo con idee chiare, progetti validi, un gusto aumentato del mercato, una voglia di affermarsi sia a livello nazionale, sia a livello internazionale. Mancano ancora, ed è stato rilevato anche dal relatore di lingua tedesca, le modifiche della sua struttura e il sufficiente grado di autonomia, che le permettano di confrontarsi ad armi pari con la concorrenza e con le esigenze del mercato. Ancora oggi, nel corso dell'ora delle interrogazioni, si è visto quanto vi sia confusione tra la voglia politica di influenzare le decisioni dell'azienda e le esigenze dell'azienda di responsabilizzarsi autonomamente per affermarsi sul mercato. Siamo sempre in una posizione ambivalente; un po' tutti noi vorremmo controllare l'azienda, vorremmo decidere noi cosa farle fare, ma nel medesimo tempo vorremmo che sia efficiente sul mercato. Le proposte di ristrutturazione giungeranno all'attenzione delle autorità politiche fra poco tempo; per alcuni in ritardo, con lentezza eccessiva, per cui sarebbe utile forse che da parte del Consigliere federale responsabile sia detto oggi con quale programma si intende affrontare la ristrutturazione.

Per i due settori: il settore postale prevede ancora un disavanzo di 127 milioni di franchi pari a un 2 per cento della cifra d'affari. Si è indicato, è già stato detto, che per il 1996 l'obiettivo delle poste è quello di chiudere in pareggio o in attivo. Gli investimenti rimangono stabili attorno ai 650 milioni di franchi, con un grado di autofinanziamento pari al 44 per cento, in crescita anche nel piano finanziario. Cresce l'autofinanziamento anche nel settore postale.

Il settore Telecom prospetta un utile di 1340 milioni, pari al 13 per cento della cifra d'affari, risultato di tutto rilievo. Gli investimenti si assestano attorno ai 3 miliardi di franchi, con un grado di autofinanziamento del 119 per cento, anche quello in aumento e in miglioramento. I due comparti, Posta e Telecom, prevedono di produrre un valore aggiunto lordo vicino ai

10 miliardi e mezzo di franchi e un valore aggiunto netto, dopo gli ammortamenti, superiore a 6,9 miliardi di franchi, quasi 7 miliardi. Si tenga conto che quasi il 93 per cento di questo valore aggiunto creato dall'azienda va a beneficio dei collaboratori. Non sia mai dimenticato, perché l'efficienza dell'azienda è nell'interesse stesso dell'occupazione e della sicurezza del lavoro e la sicurezza futura di tutti i dipendenti.

Con il preventivo del 1995 si presenta anche il piano finanziario, e anche dal piano finanziario si intravedono degli obiettivi sicuramente ambiziosi. Un aumento progressivo dell'utile da 300 a 400 milioni di franchi, un aumento del cash flow da 3,8 a quasi 5 miliardi, una stabilizzazione degli investimenti attorno ai 4 miliardi, un aumento pertanto del grado di autofinanziamento dall'attuale 95 per cento, per i due comparti dell'azienda, al 127 per cento, un finanziamento sano dell'evoluzione aziendale. A partire dal 1996 si prevede di non più assumere prestiti dalla Confederazione. Con il decreto sul preventivo 1995, l'azienda chiede che vengano concessi dei crediti d'impegno pari a 2,1 miliardi di franchi.

In conclusione, la vostra commissione vi invita all'unanimità ad accettare i conti preventivi e ad accompagnare questo invito con una dichiarazione di sostegno all'azione del consiglio d'amministrazione e delle direzioni, e a una valutazione positiva dello spirito di collaborazione da parte dei dipendenti e dei loro rappresentanti.

Comby Bernard (R, VS): Tout d'abord, je tiens à saluer, au nom du groupe radical-démocratique, les efforts importants de rationalisation et d'économie consentis par l'Entreprise des PTT ces dernières années. Ces efforts commencent à porter leurs fruits. En effet, le budget 1995, à l'instar du budget 1994, présente un bénéfice de l'ordre de 301 millions de francs. Cette situation est même meilleure encore si l'on tient compte du fait que des amortissements supplémentaires seront effectués pour un montant de 450 millions de francs l'année prochaine.

Quant au plan financier pour les années 1996 et 1997, il laisse entrevoir des bénéfices d'entreprise se situant entre 300 et environ 400 millions de francs. Les investissements graveront autour des 4 milliards de francs. A partir de 1996, comme l'ont fait remarquer les deux rapporteurs, l'amélioration du cash-flow permettra de financer entièrement les investissements prévus – l'autofinancement était de 81 pour cent en 1994, et il sera de 95 pour cent en 1995.

L'Entreprise des PTT poursuivra, en 1995, ses efforts de rationalisation et de réduction du personnel. Les effectifs du personnel subiront une diminution de 2355 unités par rapport à 1994. Ils atteindront au total 59 041 personnes l'année prochaine. La concurrence devenant de plus en plus aiguë sur le plan mondial, les PTT prendront des participations pour un montant de 595 millions de francs. La libéralisation et l'internationalisation des marchés contraignent en effet les PTT à conclure de telles alliances avec diverses sociétés pour relever les défis du futur.

Au nom du groupe radical-démocratique, j'ai donc le plaisir de vous inviter à voter en faveur de l'entrée en matière sur ce budget 1995, ainsi que pour le supplément II au budget financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1994, en sachant précisément que les crédits sollicités seront entièrement compensés par des réductions de dépenses et des recettes supplémentaires.

Afin de gagner du temps, je vous invite également, au nom du groupe radical-démocratique, à voter non seulement en faveur de ce budget 1995, mais aussi à approuver le supplément II au budget 1994.

Toutefois, je saisis l'opportunité offerte par la discussion de ce budget 1995 pour demander l'accélération de la réforme en cours de l'Entreprise des PTT en vue d'une libéralisation partielle de ce secteur d'activité afin de mieux répondre aux besoins de la clientèle sur les plans suisse et international. Je souhaite également obtenir des réponses aux cinq questions suivantes, certaines étant posées à titre personnel.

Première question: les prestations en faveur de l'économie générale. Cette question revient chaque fois, comme une litanie, de la part des PTT, à l'occasion du budget ou des comptes de

la régie. Mais tant que les PTT bénéficient partiellement d'une situation de monopole il n'y a aucune raison de ne pas exiger de leur part de telles prestations en faveur de l'économie générale. C'est en quelque sorte le prix à payer pour jouir d'un tel monopole.

Durant cette phase transitoire de libéralisation partielle de l'entreprise, il est compréhensible que les PTT cherchent de nouvelles solutions pour financer de telles prestations d'intérêt général. Cependant, les régions périphériques ne devraient pas être pénalisées par les nouvelles solutions proposées. Dans tous les cas, une négociation s'avère indispensable avec la participation de tous les partenaires intéressés, qu'il s'agisse du service des cars postaux ou du transport des journaux.

Durant les dernières années, la situation des journaux a complètement changé. Nous avons assisté à un phénomène croissant de concentration, avec la disparition de plusieurs titres de journaux. Ne devrait-on pas maintenir certaines mesures d'appui afin de sauvegarder précisément la liberté d'opinion et d'expression dans ce pays? Ne pensez-vous pas que les nouvelles solutions au financement des prestations en faveur de l'économie générale méritent une attention particulière?

Deuxième question, la répartition des commandes des PTT. Cette répartition – on le sait, il n'y a pas grand-chose qui change – étant très inégale sur le plan suisse, êtes-vous disposé à entreprendre quelque chose afin de réaliser une meilleure répartition de ces commandes sur le territoire Suisse en respectant, bien sûr, les lois de l'économie de marché?

Troisième question: le projet important de libéralisation et de réorganisation des PTT. Quand le Parlement, Monsieur le Conseiller fédéral, aura-t-il à se prononcer sur cet important projet? Ne pensez-vous pas qu'il faudrait accélérer ce processus tout en restant dans le cadre de l'article 36 de la constitution? Dans cette optique, il faut au moins poursuivre les efforts en cours en vue d'améliorer la capacité compétitive de l'Entreprise des PTT, dans l'intérêt de l'ensemble du pays.

Quatrième question: l'acquisition de logements pour le personnel. Pensez-vous qu'il soit judicieux que les PTT continuent d'acquérir directement des logements pour le personnel?

Cinquième et dernière question: les places de stages pour les jeunes. Les PTT poursuivront avec raison leurs efforts de compression du personnel en 1995 en offrant la possibilité aux employés de prendre une retraite anticipée. Mais, étant donné le nombre élevé de jeunes chômeurs dans notre pays – plus de 50 000 de 20 ans à 29 ans –, ne pensez-vous pas que les PTT devraient entreprendre une action spéciale afin de leur offrir un nombre plus important de places de stages?

D'avance, Monsieur le Conseiller fédéral, je vous remercie des réponses que vous voudrez bien donner à mes questions.

Theubet Gabriel (C, JU): Avec un bénéfice prévisible de quelque 300 millions de francs, le budget 1995 des PTT a été accueilli favorablement par le groupe démocrate-chrétien, au nom duquel je m'exprime. Le plan financier pour 1996/97, qui laisse apparaître des résultats encore meilleurs, vient conforter notre satisfaction.

Toutefois, ce sentiment n'est pas sans mélange, en raison de la nécessité qu'il y a de poursuivre, dans la voie de la libéralisation, d'une part, et des difficultés rencontrées dans l'application de certaines mesures à prendre, d'autre part. Actuellement, les PTT sont en train de relever de grands défis. L'ouverture des marchés des postes et des télécommunications avance à pas de géant et modifie fondamentalement les conditions économiques que nous avons connues jusqu'à présent. Seule une anticipation de cette évolution par l'adoption rapide de nouvelles bases légales aurait permis d'éviter les à-coups inhérents à ce genre de situation, et encore ce n'est pas absolument certain.

En effet, les innovations technologiques, les nouveaux produits apparaissent de manière imprévisible. Les PTT sont confrontés à des concurrents de plus en plus nombreux. Il est donc grand temps pour eux d'entreprendre la réforme de leurs structures. La Poste et Télécom doivent se doter d'une organisation souple qui leur permette de s'ouvrir davantage à la

concurrence. La restructuration de l'entreprise doit viser à lui ménager une marge de manoeuvre suffisante pour devenir compétitive, tout en assurant à long terme la couverture des besoins du pays dictée par des considérations de politique générale et régionale.

Parmi les éléments du budget qui ont retenu notre attention figurent les points suivants: nous approuverons la modification de la loi sur le Service des postes concernant le transport des journaux, en rappelant que cette révision ne peut être dissociée des deux autres projets législatifs en cours.

Concernant le domaine du personnel, nous avons appris avec satisfaction que 50 pour cent des postes de travail devenus vacants sont offerts à des jeunes, cela se faisant notamment par l'engagement d'ingénieurs dans le secteur de la recherche et du développement, ainsi que par la création de places de stagiaires. Nous encourageons la Direction générale à poursuivre cette politique intéressante à plus d'un titre.

Plus préoccupant est le fait que l'échelle actuelle des salaires ne permet pas toujours de rétribuer certains spécialistes à leur juste niveau. A ce propos, je me permets de rappeler que le point 5 de la motion 93.3510 du 8 octobre 1993 du groupe démocrate-chrétien préconise que «sur la base d'un contrat-cadre ..., on négociera avec le personnel des PTT ... une nouvelle réglementation des rapports de service».

Sur le plan purement budgétaire, nous sommes conscients que le bénéfice prévu pour les prochaines années est le reflet d'une politique prudente des PTT. Etant donné les risques latents que présente le marché, il ne faut pas minimiser l'importance vitale que peuvent avoir les amortissements supplémentaires. Soulignons que les 450 millions de francs prévus à ce titre, et requis par le raccourcissement du cycle de vie des équipements techniques et par le surplus de capacité en bâtiments à usage spécifique, sont justifiés. L'autofinancement à hauteur de 95 pour cent des investissements, dont le volume est stabilisé à 4 milliards de francs, constitue un point extrêmement positif pour l'avenir de l'entreprise. Comme l'orateur précédent, nous restons sensibles à la répartition de ces investissements sur l'ensemble du territoire, ainsi qu'à la part des achats effectués à l'étranger.

Nous avons pris note qu'un montant de 317 millions de francs est destiné au financement de la partie non encore indemnisée des prestations en faveur de l'économie générale. Notre motion prévoit à ce sujet que «la couverture des besoins du pays en services postaux et en télécommunications devra être assurée à l'avenir. Les prestations en faveur de l'économie en général exigées par l'Etat seront compensées.» La modification de la législation devrait permettre la prise en charge des déficits des cars postaux par la Confédération, les cantons et les communes.

Certains ont vu, dans le fait que le budget prévoit un tassement des recettes de la Poste et une diminution des charges de Télécom, une réminiscence de la vieille théorie qui veut que l'on privatise ce qui est rentable, et qu'on étatisé ce qui ne l'est pas. Si tel devait être le cas, nous ne saurions l'accepter.

Pour des motifs de politique régionale, deux autres points ne laissent pas de nous inquiéter: la centralisation du traitement du courrier et la fermeture des bureaux de poste à faible trafic. Nous pensons que les régions et les communes victimes des mesures de rationalisation devraient trouver des compensations sur d'autres plans, ou par le biais de la répartition des prises en charge des déficits du service des cars postaux, par exemple. A ce propos, mentionnons que la motion susmentionnée de notre groupe prévoit que «les entreprises dont l'activité se limitera à certains secteurs ou certaines régions rentables verseront une contribution à un fonds de compensation. Ce fonds permettra de dédommager les entreprises qui fournissent des prestations en faveur de l'économie en général.»

Nous aimerions conclure ces remarques en demandant à tous les décideurs – et nous en sommes – de ne pas oublier que le seul critère de rentabilité est la négation même du service public. Enfin, nous nous devons d'apporter notre soutien à ceux qui mettent en oeuvre ces réformes et ces mesures, et surtout à toutes celles et ceux qui consentent les efforts nécessaires pour assurer la réussite de ce changement profond.

C'est dans ce sens que le groupe démocrate-chrétien acceptera le budget financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1995 et le supplément II au budget financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1994.

Dünki Max (U, ZH): Die LdU/EVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Budget der PTT zu und ist höchst erfreut, dass im nächsten Jahr ein Unternehmensgewinn von etwas mehr als 300 Millionen Franken erzielt werden soll.

Wir unterstützen mit Nachdruck die geplante Zusatzabschreibung von 450 Millionen Franken. Die Finanzlage eines Grossunternehmens kann nur gesund sein, wenn der Schuldenberg nicht zu gross ist. Es ist um jeden Franken schade, der für Zinsen aufgebracht werden muss. Dieses Geld kann für den Betrieb in einem Dienstleistungssektor besser gebraucht werden. Wir glauben, dass sich die gute Unternehmenspolitik der letzten Jahre gelohnt hat; sie zeitigt jetzt erste Früchte. Wir sprechen unseren Dank und unsere Anerkennung aus.

Unsere Fraktion hat immer wieder gefordert, dass die gemeinschaftlichen Leistungen der PTT-Betriebe abgegolten werden müssten. Im Voranschlag sind dafür immer noch 479 Millionen Franken eingesetzt. Wir sind befriedigt, dass mit der Revision des Postverkehrsgesetzes eine Änderung in Sicht ist. Ob sich das Drittelsmodell bewähren wird, ist aber noch völlig offen. Wir hoffen natürlich, dass es wegen der Erhöhung der Kosten beim Zeitungs- und Zeitschriftentransport nicht zu einem weiteren Zeitungssterben kommen wird. Es wäre staatspolitisch nicht von gutem, wenn die Konzentration des Presse- und Medienwesens fortschreiten würde.

Im weiteren sind wir über die stagnierenden Umsätze beim Postbetrieb besorgt. Wir ermuntern die Geschäftsleitung, in Zukunft noch mehr auf die Bedürfnisse der Kunden einzugehen. Allfällige Fehlentscheide müssen rechtzeitig erkannt und korrigiert werden. Rationalisierungsmassnahmen sind gut und notwendig, aber mit ihnen allein gewinnt man zuwenig Marktanteile zurück.

Das wichtigste Kapital sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die PTT müssen in Zukunft verstärkt das Schwergewicht auf freundliches, kompetentes Personal legen. Leider werden die Kunden an den Schaltern und Anlaufstellen zu oft verärgert. Mit auch im psychologischen Bereich richtig geschultem Personal lässt sich ein gutes Produkt besser verkaufen. Hier muss noch einiges verbessert werden.

Wir unterstützen im Grundsatz die Idee der Teilprivatisierung einzelner Bereiche der PTT. Mit einer freien Marktwirtschaft wird die Möglichkeit geschaffen, sich im harten Konkurrenzkampf über Wasser zu halten. Mit der Abschaffung von staatlichen Monopolen dürfen aber nicht Privatmonopole entstehen, sonst wäre der Sache nicht gedient. Mit Interesse erwarten wir die angekündigten Anträge und Botschaften; wir werden sie gründlich prüfen.

Noch nicht verstehen können wir, dass nur die rentablen Telecom-Tätigkeiten teilweise in fremde Hände übergehen sollen und die defizitäre Post beim Bund bleiben soll. Zu einer solchen Strategie können wir nur ja sagen, wenn das Parlament den Beweis erbringt, dass die hierfür erforderlichen Mittel ohne Wenn und Aber zur Verfügung gestellt werden.

Ein Abbau der flächendeckenden, guten Postbedienungen kommt nach unserer Meinung nicht in Frage. Hier schliessen wir uns den Überlegungen von Herrn Züger an. Mit der Schliessung weiterer Poststellen auf dem Land können wir uns nicht anfreunden. Die Kirche gehört ins Dorf, aber auch eine Post gehört in jedes Dorf. Ohne zentrale Poststelle kann sich keine Gemeinde weiterentwickeln. Diesem Aspekt ist unbedingt Rechnung zu tragen.

Zum Schluss möchten wir den Verantwortlichen der PTT-Unternehmungen für ihren Einsatz danken. Ihre Strategie der letzten Jahre können wir nach wie vor unterstützen. Aber irgendwann sind die Grenzen zu beachten: Es darf nicht alles am Franken gemessen werden, im Vordergrund sollte das Gesamtwohl des Landes und seiner Einwohner stehen. Mit einem weiteren Leistungsabbau, bei ständig steigenden Gebühren und dergleichen, würde die Geduld der Kunden strapaziert. Ohne zufriedene Kunden kann das unternehmerische Ziel nie erreicht werden.

Unsere Fraktion stimmt dem Voranschlag 1995 der PTT-Betriebe und dem Nachtrag II zum Voranschlag 1994 einstimmig zu.

Leuenberger Ernst (S, SO): Ich spreche für die SP-Fraktion und möchte meine Ausführungen unter den Titel stellen: Dieses Budget zeigt, dass die PTT oder Teile davon fit gemacht werden sollen, um privatisiert werden zu können. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, in «genferischer» Deutlichkeit, Herr Bundesrat: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen da nicht mit.

1. Personal: Jährlich wird hier bei der Behandlung des PTT-Budgets, in der Woche darauf beim SBB-Budget, die Trophäe vorgezeigt, wieviel Personal man wieder einspart. Das tut weh, Herr Bundesrat, das tut schrecklich weh! Die 2355 Stellen, um die der Personalbestand 1995 gegenüber 1994 abgebaut werden soll, bedeuten, dass pro Kalendertag fast sieben Stellen verschwinden. Jeden Tag, wenn Sie morgens früh joggen gehen, Herr Bundesrat, werden sieben PTT-Stellen eliminiert – ich will es ganz klar sagen und Anerkennung aussprechen –: sozial absolut verträglich und verantwortlich, aber diese sieben Leute stehen trotzdem in der Schlange vor den Arbeitsämtern.

Die PTT entlassen niemanden, aber jene, die sie nicht anstellen können, nicht anstellen dürfen, weil sie eben dieser Fitnesskur im Hinblick auf die Privatisierung unterzogen werden, bleiben arbeitslos. Diese Politik kann nicht ad infinitum weitergehen. Wir könnten jetzt boshafte Berechnungen anstellen, eine Kurve aufzeichnen und darstellen, in welchem Jahr die PTT ohne Personal funktionieren sollen.

So kann das nicht gemeint gewesen sein, und ich bin Ihnen über alle Massen dankbar, Herr Bundesrat, wenn Sie in Ihren Ausführungen dann ganz klar sagen: Rationalisieren als Selbstzweck, rationalisieren auch als Zweck im Hinblick auf Privatisierung eines gewinnträchtigen öffentlichen Unternehmens, ist nicht gemeint.

2. Herr Züger hat – gut erzogen – dargetan, dass er hoffe, die Bedienung der Fläche werde nicht eingeschränkt, werde nicht weiter abgebaut. Ich verlasse mich nicht auf das Hoffen. Ich verlange – dieses Volk hat das Recht, zu verlangen –, dass dieses Bundesunternehmen PTT Dienstleistungen für das ganze Land, für die ganze Fläche, für alle Bürgerinnen und Bürger anbietet. Ich werde Ihnen dann nicht aus der Bibel, sondern aus der Verfassung vorlesen, und wir werden uns schnell darüber einig sein, dass die Verfassungsgeber das genauso gemeint haben, unabhängig davon, was heute einzelne Experten in zum Teil modernistischer Verblendung aus diesem Verfassungstext herauslesen wollen.

3. Ein kleines Problem, meinerwegen ein Detailproblem: PTT, die gut arbeiten, viel arbeiten, arbeiten lassen. Es gibt da noch die Interpellation Béguelin (93.3471), die sich über folgende Feststellung aufgehalten hat: Zunehmend finden PTT-Transporte auf den Strassen statt, und der Bund versucht mit grosser Mühe – ich glaube, in einer Woche reden wir dann darüber –, eine Eisenbahn aufrechtzuerhalten.

Der Bundesrat sagt in der schriftlichen Stellungnahme zur Interpellation Béguelin: «Der Bundesrat ist sich der Problematik der Umstellung vom Schienen- auf den Strassentransport bewusst.» Wir sind froh darüber, dass Sie sich dessen bewusst sind. Aber bitte, bringen Sie den PTT-Betrieben bei, dass die Strassen eh schon verstopft sind.

Herr Bundesrat, ich habe Sie kürzlich an einer öffentlichen Veranstaltung hören dürfen und war mit Ihnen hundertprozentig einverstanden, als Sie sagten: «Jetzt, in dieser Zeit, in diesen Monaten und Jahren entscheidet sich der harte Konkurrenzkampf zwischen Schiene und Strasse.» Es mutet fast wie ein Witz an, wenn dann die PTT genau bei dieser Umlagerung noch mitmachen und nicht Gegensteuer geben. Auch das tut weh.

Gehen wir ins Perspektivische, um etwas positiver zu werden. Ich unterstütze gerne Herrn Züger, der sehr vorsichtig, wie sich das für einen Berichterstatter geziemt, auch auf die Postsparkasse zu reden kam. Da wünschte ich mir «l'imagination au pouvoir» bei der Leitung der PTT. Die Verantwortlichen sollen sich weniger mit der Interpretation von Verfassungstexten

befassen und mehr die Geschäfte dort betreiben, wo sie aufzufinden sind. Diesem ewigen Geheul von jenen, die gegen die PTT sind, wenn sie irgend etwas unternehmen, sonst aber immer sagen, die PTT sollen ein Unternehmen sein, muss man entgegentreten – man muss die PTT wirklich wirken lassen. Ich habe kein Interesse daran, dass die Grossbanken das ganze Geldgeschäft alleine machen!

Ich habe gesagt: Offenbar – und dieses Budget gibt Anhaltspunkte dazu – sollen die PTT oder Teile davon für die Privatisierung fit gemacht werden. Das wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht. Ich lese Ihnen noch einmal aus der Verfassung vor, z. B.: «Das Post- und Telegraphenwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft ist Bundessache.» (Art. 36 Abs. 1 BV). Eine Volksabstimmung über eine Vorlage gegen diesen Artikel würden wir gewinnen. Ich bin für diesen Artikel – soviel dazu, falls jemand ihn ändern möchte.

Dann steht noch – und mich als Fiskalisten hat das zu interessieren –: «Der Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung fällt in die eidgenössische Kasse.» (Art. 36 Abs. 2 BV) Das täte der eidgenössischen Kasse gut. Ich habe kein Interesse daran, dass Private von diesem florierenden Unternehmen profitieren und hohe Profite einstecken.

Die Bestimmung über die Tarife (Art. 36 Abs. 3 BV) lese ich Ihnen nicht vor. Wenn aber mit Tarifgleichheit Annäherung im ganzen Land gemeint ist, dürfte wohl klar sein, dass dann auch die Versorgung des ganzen Landes gemeint ist.

Das Letzte ist das Ernsthafteste: «Die Unverletzlichkeit des Post- und Telegraphengeheimnisses ist gewährleistet.» (Art. 36 Abs. 4 BV) Ich habe bisher immer gemeint, solch hohe Ziele könnten nur öffentliche Unternehmen, die auch öffentlich, politisch, parlamentarisch kontrolliert werden, erreichen, und Institutionen, die solchen hohen Zielen zu genügen haben, dürfe man nicht privatisieren. Wir wollen uns nämlich an diesem «Golden girl» im Dienste der Eidgenossenschaft weiterhin freuen dürfen. Wir haben deshalb kein Interesse daran, es «going public» oder sonstwohin zu schicken.

Die SP-Fraktion stimmt selbstverständlich dem Budget 1995 zu; sie dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der PTT-Betriebe für ihren grossen Einsatz, dankt insbesondere der dynamischen Leitung der PTT-Betriebe, und bittet Herrn Bundesrat Ogi, dafür zu sorgen, dass sich diese «imagination», die dort teilweise schon «au pouvoir» ist, nicht in eine falsche Richtung entwickelt.

Schmid Peter (G, TG): Der Finanzvoranschlag 1995 der PTT steht ganz im Spannungsfeld zwischen Eigenwirtschaftlichkeit und volkswirtschaftlichem Auftrag. Unter diesem Gesichtswinkel möchte ich die Botschaft des Bundesrates sowie die Erfolgs- und Investitionsrechnung der PTT-Betriebe betrachten. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass gerade die eidgenössischen Räte schon seit längerer Zeit von diesem Bundesbetrieb Rationalisierungen, Personalabbau und im grenzüberschreitenden Post- und Telefonverkehr Preisreduktionen verlangen.

Von den PTT-Betrieben wird also zweierlei erwartet: Erstens sollen sie möglichst so wirtschaften, dass sie als Betrieb auf ein gutes Rechnungsergebnis kommen, zweitens sollen sie aber ihre Dienstleistungen so offerieren, dass dieselben Kreise, welche die PTT zum Sparen auffordern, selber wieder kostengünstiger arbeiten können. Wo dann letztlich gespart wird und wo nicht, wo privatisiert wird und wo nicht, wo Tarife gesenkt oder erhöht werden, hängt von den derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Schweiz ab. Die PTT wie auch andere Bundesbetriebe widerspiegeln nur diese Akzente, und was die enge, betriebswirtschaftliche Sicht betrifft, so beginnt die PTT-Generaldirektion immer mehr selber daran zu glauben, dass der Rationalisierung und «Elektronifizierung» erste Priorität zukomme. Ob dies dann wirklich in jedem Fall gewinnbringend ist, darf füglich bezweifelt werden. Es gibt auch Bereiche, wo dies offensichtlich nicht der Fall ist. Natürlich können wir die PTT für die politischen Weichenstellungen, die in diesem Rat vollzogen werden, nicht verantwortlich machen. Das Budget entspricht diesen Intentionen, und so haben wir es zu genehmigen.

Die kritischen Bemerkungen, die ich im Namen der grünen Fraktion anzubringen habe, gelten einmal mehr den Kolleginnen und Kollegen und dem Bundesrat sowie der PTT-Direktion nur insoweit, als sie sich euphorisch mit der fast ausschliesslich ökonomischen Sicht der Ratsmehrheit identifiziert.

Ich möchte mich zu drei Bereichen äussern: Zur Frage der Rentabilität eines öffentlichen Dienstleistungsbetriebes, zur Personalpolitik und zu einigen Punkten im Budget selbst.

1. Es wird von niemandem rundweg behauptet, die PTT-Betriebe müssten in allen Belangen gewinnbringend sein oder ihre defizitären Bereiche stilllegen. Zu viele sind ja selbst auf diese Dienstleistungen angewiesen. So darf gewiss mit Genugtuung zur Kenntnis genommen werden, dass der Fehlbetrag beim Postautodienst künftig durch den Bund gedeckt wird, sobald das Eisenbahngesetz einmal in Kraft gesetzt sein wird.

Dass die Mehrwertsteuersätze, die neu auch für Dienstleistungen der Post auferlegt werden, nicht generell auf die Kunden abgewälzt werden und dafür soziale Gründe massgebend sind, weist in dieselbe, positive Richtung.

Mit dem sogenannten Drittelsmodell, welches vorsieht, das Defizit des Zeitungsversands zu je einem Drittel den Verlegern, den PTT und dem Bund in Rechnung zu stellen, können wir leben.

Nicht gut finden wir die neue Konzeption des Cargo Domizil, die nur noch eine begrenzte Zahl von Basisstandorten vorsieht. Damit wird natürlich der Stückgutverkehr selbst wieder für grosse Strecken, ganz besonders im empfindlichen Alpenraum, auf die Strasse verlegt. Im Kampf um Zeitgewinn muss sich also der öffentliche Verkehr auf der Schiene nicht nur mit dem Privatverkehr auf der Strasse zusammentun, sondern gleich selbst wieder auf die Strasse zurückkommen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dies eben nur, weil der Strassenverkehr seine Kosten nicht deckt und deshalb billiger ist.

Wir fragen uns hier, wie lange man um kurzfristiger Vorteile willen ökologische Bedenken in den Wind schlagen will. Das ist eben eine politische Frage, die man sich, auch hier im Rat, nicht gerne stellt. Die PTT sind gezwungen, zu solchen ökologischen Rückschritten Hand zu bieten, damit trotz der Bedienung der Randregionen, an deren Belieferung private Transportunternehmer nicht interessiert sind, keine noch grösseren Defizite eingefahren werden.

Mehr als um die Postverteilung in Randregionen streiten sich Privatgesellschaften um das wachstumssträchtige und lukrative Telekommunikationsgeschäft, wo grosse Gewinnmargen in Aussicht stehen. Da sind gewöhnlich jene Unternehmer nicht mehr fern, die es den PTT dann verargen, wenn sie in diesem Bereich eben auch machtvoll einsteigen. Aber solange es für eine Errungenschaft gehalten wird, wenn jeder Haushalt über eine Auswahl von 50 statt nur 20 Fernsehprogrammen verfügt, mithin auf jedem mittleren Höhenzug noch ein Sendeturm gebaut werden muss, gibt es noch Wachstum für alle. Die Grenzen sind wohl erst erreicht, wenn auf jeden Empfänger drei Sender entfallen und die dreifache Vernetzung aller Terminals den Eindruck erweckt, als hätten wir die verlorengegangene Beziehungsfähigkeit durch pausenlosen Nachrichtenverkehr endlich wettgemacht.

2. Selbstverständlich steht auch die Personalpolitik ganz im Zeichen der Rationalisierungsmassnahmen.

Die PTT rühmen sich, im kommenden Jahr ihren Personalbestand um 2355 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu reduzieren. Sie nennen das jedoch nicht Personalabbau, sondern «Anpassung der Personalkapazität». Diese Stellenverminderung ist unter anderem dank einer Aktion «Solidarität» möglich, die den flexiblen Altersrücktritt fördert. Ich weiss zwar nicht so recht, wer da mit wem solidarisch ist. Wenn es die Älteren mit den Jüngeren sind, die dank frühzeitigem Rücktritt neu eingestellt werden, wo bleibt dann der reduzierte Personalbestand? Dienen die frühzeitigen Pensionierungen aber dazu, die übrigen Arbeitsplätze sicherer zu machen, dann hat das mit Solidarität am Rand noch etwas zu tun, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die aufgehobenen Arbeitsplätze nirgends sonst neu entstehen. Theoretisch werden sich also genau gleich viele Nichtbeschäftigte irgendwo bei einer Arbeitslosen-

kasse melden und Anrecht auf Taggeld haben. Personalabbau in einem Betrieb ist für das Unternehmen zwar vorteilhaft, aber die Kosten für die Nichtbeschäftigten unter der jungen Generation begleicht die Allgemeinheit; es kommt also volkswirtschaftlich gesehen nicht billiger zu stehen.

3. Ein spezielles Detail hat mich in diesem Zusammenhang ebenfalls noch stutzig gemacht: Im Personalaufwand der Erfolgsrechnung wird stolz auf die eingesparten Kosten dank Reduktion des Personalbestandes in der Höhe von 242 Millionen Franken hingewiesen. Die Telecom trägt zu dieser Personalabnahme mit einem Viertel bei, was umgerechnet etwa 60 Millionen Franken Einsparungen bedeutet.

Dem steht nun allerdings eine zusätzliche Abschreibung von 450 Millionen Franken gegenüber, die vor allem durch «kürzere Lebenszyklen der technischen Anlagen» bedingt sein soll. Offenbar ist es nicht so, dass technische Anlagen, die Arbeitskräfte ersetzen, langfristig immer billiger sind. Sie werden wegen des schnellen technischen Fortschritts sehr rasch ersetzt und unterlaufen damit die Personalkosten bei weitem nicht; ja, sie kommen in bestimmten Bereichen teurer zu stehen als das eingesparte Personal. Auch der Wartungsaufwand der EDV-Anlagen ist bekanntlich enorm.

Die PTT tun ihr Möglichstes, um das Unternehmensergebnis Jahr für Jahr nicht nur zu halten, sondern noch zu steigern. Sie sind ausserordentlich erfolgreich, wenn man bedenkt, dass sie sich den gemeinwirtschaftlichen Leistungen flächendeckend zu verpflichten haben. Doch gerade damit erweisen sich die PTT als ein Dienstleistungsbetrieb im guten traditionellen Sinn. Es ist nur zu hoffen, dass sie diesen Wert auch künftig hoch genug veranschlagen und ihn mit ausdrücklicher Unterstützung durch die eidgenössischen Räte im Budget mit bedenken und mit berücksichtigen dürfen. Politik ist nicht einfach angewandte Ökonomie.

Die grüne Fraktion wird dem Voranschlag 1995 der PTT zustimmen und auch den Nachtrag II zum Voranschlag 1994 genehmigen, der hauptsächlich Mehraufwendungen für die Vorsorgeeinrichtungen infolge vorzeitiger Pensionierungen enthält.

Narbel Jean-Marc (L, VD): A plusieurs reprises, le groupe libéral a déploré le fait que les grandes régies ne soient pas en mesure d'équilibrer leurs comptes. Aussi est-ce avec une certaine satisfaction que nous constatons l'amélioration sensible des résultats et de la situation financière de l'Entreprise des PTT.

Nous sommes conscients des efforts importants de rationalisation qui ont été réalisés. Il n'est jamais facile, en effet, de réduire de manière aussi drastique les effectifs du personnel. Une diminution d'environ 2300 personnes sur l'ensemble des départements Poste, Télécom et département présidentiel représente une décision lourde de conséquences, et elle est difficile à assumer.

La stabilisation des investissements va dans le même sens. Le résultat en est spectaculaire par l'amélioration du cash-flow de plus de 500 millions de francs, avec une croissance de 16 pour cent par rapport à l'an passé, d'où les amortissements supplémentaires de 450 millions de francs et un résultat d'entreprise bénéficiaire de 301 millions de francs. L'analyse des prévisions pour les prochaines années laisse augurer une évolution des résultats encore plus favorable.

Le groupe libéral salue donc cette volonté de la Direction générale de l'Entreprise des PTT de remettre l'entreprise dans le droit chemin de l'orthodoxie financière. Il est certain que, pour les finances fédérales, il est réconfortant d'observer un tel développement qui ne met pas à contribution les finances publiques pour boucher les trous.

La seule ombre au tableau est la baisse de qualité des prestations. Nombre de récriminations nous parviennent à ce propos. Nous nous permettrons, Monsieur le Conseiller fédéral, d'en mentionner trois.

Premièrement, les difficultés d'acheminement du courrier. Alors que les PTT avaient une réputation d'un service impeccable en la matière, il n'est pas rare, aujourd'hui, d'attendre plusieurs jours un envoi, même posté comme courrier A.

Deuxièmement, l'ouverture des bureaux de poste. Dans tous les domaines, les entreprises tendent à être à l'écoute de leurs clients. La recherche de la qualité est une préoccupation des directions. Or, que constatons-nous? Les heures d'ouverture fondent comme neige au soleil et les bureaux se ferment sans offrir une compensation à la clientèle par de nouveaux services ou des services modifiés.

Troisièmement, dans le domaine des télécommunications, notre pays a été durant plusieurs années à la pointe du progrès. Nos installations téléphoniques étaient citées à titre d'exemple. A ce jour, malheureusement, les pays qui nous entourent nous ont rattrapés, voire dépassés, et offrent plus à leurs usagers.

Face à un tel constat, le groupe libéral estime qu'il est opportun de rechercher une amélioration des finances, mais sans perdre la qualité du service. Aussi, nous vous demandons, Monsieur le Conseiller fédéral, que, comme dans toute entreprise, le client reste roi.

En conclusion, le groupe libéral vous invite à accepter le budget financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1995. Il en fera de même pour le supplément II au budget financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1994.

Bühler Simeon (V, GR): Die SVP-Fraktion stimmt dem Voranschlag 1995 der PTT zu. Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die PTT das Vorjahresergebnis halten, ja, unter Berücksichtigung der zusätzlichen Abschreibungen sogar verbessern können und erneut schwarze Zahlen schreiben. Wir haben dennoch einige kritische Bemerkungen anzubringen.

1. Die PTT haben begonnen, sich aus der Fläche, sprich: aus den ländlichen Regionen, teilweise – ich betone: teilweise – zurückzuziehen und damit die bisher geltende Gleichbehandlung aller Regionen teilweise in Frage zu stellen. Mit dieser Entwicklung sind wir unzufrieden; wir fordern die Verantwortlichen auf, trotz Sparmassnahmen wenigstens eine minimale tägliche Dienstleistung im Sinne der Versorgung aller Gebiete sicherzustellen.

2. Wir sind überzeugt, dass die Verzinsung der Postcheckgut haben für die Finanzierung der PTT gute Dienste leistet. Ob aber die Ausdehnung in weitere bankähnliche Geschäfte den PTT letztlich viel zusätzlichen Nutzen bringt, ist eher fraglich, denn dadurch leisten die PTT selbst all jenen Kritikern Vorschub, die das Postmonopol in Frage stellen. Die PTT tun gut daran, diese Frage noch einmal gründlich zu überdenken.

Wenn Kollege Ernst Leuenberger hier beklagt hat, dass jeden Tag sieben Personen entlassen würden und dann – wie er wörtlich gesagt hat – vor den Arbeitsämtern anzutreffen seien, dann hat er doch deutlich daneben gegriffen. Denn der Personalabbau bei den PTT ist meines Wissens über die Aktion «Solidarität» erfolgt, und zwar so, dass keine Entlassungen erfolgen mussten und niemand stempeln gehen muss oder vor den Arbeitsämtern anzutreffen ist.

Die SVP-Fraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der PTT für ihren Einsatz und empfiehlt Ihnen, dem PTT-Voranschlag 1995 und dem Nachtrag II zum Voranschlag 1994 zuzustimmen.

Dreher Michael (A, ZH): Die Fraktion der Freiheits-Partei wird dem PTT-Budget 1995 zustimmen; eine Ablehnung würde auch nichts bewirken.

Einverstanden sind wir natürlich nicht mit allem. Ich weise darauf hin, dass insbesondere bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen, wo so stolz von einer Reduktion berichtet wird, das Defizit der Postautodienste erneut massiv gestiegen ist. Herr Bundesrat Ogi, bitte kommen Sie mir jetzt nicht wieder mit den Randregionen, wie Sie das seit 1988 tun. 1988 hatten wir bei den Postautodiensten ein Defizit von 92 Millionen Franken. Und 1995 sind es 237 Millionen Franken. Wenn Sie jedoch das Wachstum des nominellen Bruttoinlandproduktes zum Defizit 1988 dazurechnen – vom 1. Januar 1988 bis zum 31. Dezember 1995 sind es mutmasslich 39,5 Prozent –, dürften die PTT-Postautobetriebe 128 Millionen Franken kosten. Sie kosten aber 237 Millionen Franken. Das ist inakzeptabel. Wir haben das hier schon oft gesagt, und es ist der beste Beweis dafür, dass einfach so weitergemacht wird und man uns mit der Revi-

sion des Eisenbahngesetzes vertröstet. Ich kenne die Argumente eigentlich alle auswendig. Ich stelle nur fest: Es wird immer mehr an nicht abgeliefertem Gewinn zu Lasten der Bundeskasse.

Herr Bundesrat Ogi hat heute nachmittag in Beantwortung der Frage Steinemann die Monopolsituation der PTT – etwas gar vollmundig, wie mir schien – in Abrede gestellt. Natürlich wissen auch wir, dass es inzwischen im Auslandtelefonverkehr Gesellschaften gibt, wo man billiger abonnieren kann und wo die Preise sinken, weil die Konkurrenz da ist. Wir wissen auch, dass sich die United Parcel Services in der Schweiz breitmachen, es ist Konkurrenz da, die Preise sinken. Aber es bleibt eine Tatsache, dass die PTT dort, wo das Monopol besteht – und gegenüber den Durchschnittskonsumenten in diesem Land besteht es durchaus –, mit Preisen und Konditionen zuschlagen, die sich nur ein Monopolbetrieb erlauben kann. Alles andere ist Augenwischerei.

Was würden Sie sagen, wenn Sie bei der Firma Denner fragten, ob sie Bordeaux habe, und die Verkäuferin zuerst einen Franken für die Auskunft verlangt? Zu tun hat man es bei den PTT mit einer Arroganz, die sich nur ein Monopolbetrieb herausnehmen kann. Herr Bundesrat Ogi, sagen Sie mir, bei welcher privaten Telefongesellschaft wir in Zukunft unsere Telefone betreiben können! Wir würden dann nämlich zu derjenigen gehen, bei der die Auskunft gratis ist. Das wäre Konkurrenz und Wettbewerb. Wir würden auch zu jener Telefongesellschaft gehen, die abends von 19 Uhr bis 21 Uhr nicht den Hochtarif, sondern den Nachttarif anwendet. Aber solange das nicht so ist, reden wir vom Staatsmonopol, und alle Beschwichtigungsversuche scheitern an den Fakten.

Kollege Steinemann hat es angetönt: Die PTT betreiben sehr viel Werbung. Werbung muss aber betreiben, wer in einem Konkurrenzverhältnis ist, und die Telecom steht nur in gewissen Bereichen in einem Konkurrenzverhältnis. Herr Bundesrat Ogi: Vier ganze Seiten in einem einzigen «Tages-Anzeiger-Magazin», viermal Telecom-Werbung! Ich wage die Behauptung, dass auch die Autowirtschaft in einem Konkurrenzkampf ist, aber dort gilt überall die Bedingung, dass nie mehr als ein Inserat der betreffenden Marke erscheinen darf, weil sonst ein Overkill vermutet wird. Offenbar gelten bei Telecom und PTT andere Werberichtlinien. Professionell sind diese jedoch nicht, auch wenn alles vierfarbig und extrem teuer gemacht wird.

Sagen Sie mir, Herr Bundesrat Ogi, wo die Qualität der Post in den letzten Jahren besser geworden ist! Wir stellen nur Leistungsabbau fest. Man hat einmal gesagt: A-Post müsse bis um 20 Uhr eingeworfen sein, dann wird sie am folgenden Tag zugestellt. Jetzt sehe ich an unserem Küsnachter Goldküsten-Postamt plötzlich angeschrieben, dass sie bis 18.15 Uhr eingeworfen sein muss. Ich stelle auch eine Reduktion der Schalteröffnungszeiten am Samstag fest. Sagen Sie doch einfach: Die PTT arbeiten darauf hin, dass am Samstag in Zukunft geschlossen ist. Wir hätten dann klare Verhältnisse und könnten uns psychologisch darauf einstellen. Wir müssten auch nicht mehr die Zeit des Parlamentes mit solchen Fragen in Anspruch nehmen.

Jenni Peter (A, BE): Jahr für Jahr befassen wir uns mit dem Voranschlag der PTT, und Jahr für Jahr werden wir – wie wir es im Referat des Bundesrates hören werden – etwas vertröstet. Sicher attestiere ich dem Bundesrat Verbesserungen in seinem Betrieb und guten Willen. Aber wenn man neuerdings von den PTT als Unternehmen sprechen will, steigen natürlich auch die Erwartungen in diese Unternehmung.

Ein Unternehmen muss handeln; denn wer wagt, gewinnt. Wenn man einen Blick auf die Bundesfinanzen wirft, ist es höchste Zeit zum Handeln.

Herr Bundesrat, setzen Sie die Ideen jetzt um, und zwar in einer akzeptablen Zeit. Lieber einmal den Mut aufbringen, etwas rückgängig zu machen, als zu prüfen, bis die Prüfungen abgeschafft werden. Vergleiche mit Privatunternehmungen und der Zeit, in welcher sie Neuerungen verwirklichen, müssten den PTT zu denken geben.

In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen, Herr Bundesrat Ogi, eine Antwort auf einen Vortrag geben, welchen Sie vor

versammelten Wirtschaftsvertretern auf Einladung einer Versicherungsgesellschaft hier in Bern hielten. Das war übrigens ein ausgezeichnetes Referat. Aber Sie sagten, es gebe auch noch Politiker und dazu noch Nationalräte. Als einer von diesen fühlte ich mich angesprochen, vor allem als ich beim anschliessenden Essen etwas klarstellen musste. Lieber Herr Bundesrat Ogi, wenn Sie öffentlich die Situation schildern, dass die SBB – und natürlich auch die PTT – leider viel zu oft noch von eben diesen Nationalräten geprüft und eingeschränkt werden, denn gebe ich Ihnen sogar recht. Aber jetzt kommen wir zum entscheidenden Punkt: Wenn natürlich die Direktorenposten und die Verwaltungsratsmandate von Regierungsparteien nur unter dem Gesichtspunkt der Besitzstandswahrung verteilt werden und Qualifikation sowie Kenntnisse erst in zweiter Reihe stehen, dann, Herr Bundesrat, bin ich sehr froh, dass dieses Parlament noch etwas zu sagen hat. Ich sage Ihnen hier und heute, dass die Mitglieder der Freiheits-Partei, welche glücklicherweise nicht auf Besitzstandswahrung achten müssen, die ersten sein werden, welche helfen, den Staatsbetrieben mehr Freiheit zu geben. Aber zuerst müssen die Chefposten mit qualifizierten Leuten besetzt werden, und nicht in erster Linie mit Parteivertretern.

Vieles tut sich, sicherlich auch zum Guten; denn wo ein Wille ist, ist ein Weg, und das wird auch für die PTT gelten. Vieles tut sich jedoch auch zum Unguten, Herr Bundesrat; wir haben in der Fragestunde bereits über die Werbung gesprochen. Für viele sind die Millionenbeträge höchst fragwürdig eingesetzt, vor allem deshalb, weil für den Konsumenten fast immer alles noch teurer wird. Ich spreche vom Abbau an vorderster Front und erinnere nur an die Schalteröffnungszeiten.

Ein Abbau, welcher dann mit Fernsehwerbung wettgemacht werden soll – ich frage mich. Auf eine direkte Erfolgskontrolle im Bereich Werbung, wie es in der Privatwirtschaft üblich ist, ist die Fraktion der Freiheits-Partei sehr gespannt.

Zum Personalaufwand: Der Bestand des Personals gegenüber 1994 wird mit minus 3,8 Prozent angegeben. Die daraus resultierenden Minderkosten betragen nur 2,6 Prozent gegenüber den Personalkosten von 1994. Eigentlich müsste diese Einsparung um einiges höher liegen, da die Verminderung des Personalbestandes vor allem aus der Aktion «flexibler Altersrücktritt ab 60 Jahren» resultiert. Das heisst, Beamte am oberen Ende der Lohnskala mit überdurchschnittlichen Einkommen sollen primär zu dieser Bestandesreduktion beitragen.

Die Erklärung, dass sich die Kosten nicht mindestens proportional zur Bestandesverminderung reduzierten, liegt wahrscheinlich darin, dass die hohen Einkommensklassen nicht bereit sind, jungen Leuten ihre grosszügig honorierte Stelle frühzeitig zu überlassen. Die Geschäftsleitung muss vermehrt Druck auf diese Leute ausüben, wenn derartige Aktionen mit flexiblem Altersrücktritt wiederholt werden. Ansonsten fallen Einsparungen nur marginal ins Gewicht, ganz zu schweigen von der unbedingt anzustrebenden Blutauffrischung, welche zum Beispiel im liberalisierten Geschäftsbereich Telecom vonnöten ist. Diese kann sicher nicht mit noch so schönen Werbespots erreicht werden.

Zu den Liegenschaften und Mieten: Die geplanten Investitionen für Liegenschaften liegen auch für 1995 sehr hoch. Es fragt sich, ob bei den geplanten Grossbauvorhaben die damit angestrebten Spareffekte erzielt werden. In einer Zeit, da Personaleinsparungen gemacht werden, wo die Technologie mehr und mehr miniaturisiert wird, wo eine minimale Lagerhaltung «just in time» angestrebt und Kundennähe statt Verwaltung propagiert werden, muss doch der Raumbedarf rückläufig sein.

Gleich zu kommentieren sind auch die budgetierten Mehrausgaben für Mietzinse von Liegenschaften. Wo, Herr Bundesrat, liegt da die Logik?

Zu guter Letzt doch noch ein gutes Wort, vor allem an das gesamte Personal der PTT, vor allem an das Personal an vorderster Front. Diesen Leuten mit ihrer schwierigen Aufgabe wird von unserer Fraktion ein Kränzchen gewunden, weil sie sich für sämtliche Kunden stets höflich und ihrer Aufgabe entsprechend einsetzen.

Wir stimmen dem Budget zu, wie das mein Fraktionskollege bereits mitgeteilt hat.

Scherrer Werner (–, BE): Im Namen der EDU möchte ich herzlich für die gute Präsentation des Voranschlags der PTT danken. Im allgemeinen bin ich mit diesem Betrieb zufrieden, vor allem was das Frontpersonal anbelangt. Ich schliesse mich da meinem Vorredner an. Gerade auch die Briefträger, die uns jahraus, jahrein bei jedem Wetter die Post bringen, und das Schalterpersonal sind im allgemeinen doch sehr freundlich. Positiv ist auch, dass ein Voranschlag mit schwarzen Zahlen vorliegt. Im Gegensatz zu den SBB kann man die PTT als «Golden girl» bezeichnen.

In bezug auf die Rationalisierungsbestrebungen ist einiges gemacht worden, und es ist einiges im Gang. Das ist sehr positiv zu werten. Doch ist leider nicht alles Gold, was glänzt. Ich schliesse mich den Ausführungen von Kollege Leuenberger Ernst an. Ich habe etwas Bedenken angesichts der sehr straffen Personalpolitik, die über einen starken Abbau des Personalbestandes betrieben wird. Ich habe den Eindruck, die Zitrone werde nun zu sehr ausgepresst. Ich höre von den Briefträgern und auch von den Postbeamten in meiner Stadt, was sie von den getroffenen Massnahmen halten – es herrscht eine mittlere bis starke Unzufriedenheit.

Ich bin mit den finanziellen Massnahmen, die im Zusammenhang mit dem Budget auf uns zukommen, gar nicht einverstanden. Man muss von einem Raubzug der PTT reden. Tausende von Organisationen und Vereinen werden nächstes Jahr sehr stark belastet. Vielleicht hat man das noch gar nicht realisiert. Es wird eine Art Salamtaktik angewendet – alles geschieht relativ «still». Die Presse redet auch nicht allzuviel davon.

Ich erwähne vorerst einmal die Erhöhung der Taxen für Massensendungen. Diese werden nächstes Jahr wieder angehoben. Bedenklich ist ebenfalls, dass die PTT die Vorleistungen bei Massensendungen nicht mehr vergüten: Für das Abpacken oder Vorbereiten für Ortsbunde konnte man bisher 7 Rappen abziehen. Das war für die Organisationen ein guter Beitrag, um die Kosten zu senken. Vor einigen Jahren, als man die Tarife anhub, hiess es: «Ihr könnt uns etwas helfen, indem ihr bei diesem ganzen Vertrieb diese Ortsbunde macht.» Plötzlich hiess es vor wenigen Wochen in einer Verfügung, es seien moderne Maschinen angeschafft worden und man könne nichts mehr abziehen. Schliesslich versucht man mit der Revision des Postverkehrsgesetzes, Vereine und Organisationen auch wieder finanziell zu belasten.

Diese drei Massnahmen sind des Guten zuviel. Ich protestiere, sicher im Namen und mit dem Einverständnis dieser Tausenden von Organisationen und Vereinen bei unserem Postminister über die Art und Weise, wie man diesen Raubzug vornimmt.

Aus diesem Grund kann ich diesem Voranschlag 1995, trotz guter Leistungen der PTT, nicht zustimmen.

Ogi Adolf, Bundesrat: Mit Ausnahme des letzten Redners, Herrn Scherrer Werner, hat der PTT-Finanzvoranschlag 1995 bei Ihnen insgesamt eine gute Aufnahme gefunden. Dafür möchte ich Ihnen danken und festhalten, dass in der heutigen Zeit diese gute Note das PTT-Personal und den Bundesrat freut. Ich danke den beiden Kommissionssprechern, ich danke allen, die sich positiv zu den PTT geäussert haben. Ich möchte in sechs Punkten auf den Finanzvoranschlag 1995 eintreten und dann am Schluss versuchen, die vielen Fragen zu beantworten.

1. Zum Ergebnis: Es ist richtig, der Finanzvoranschlag der PTT sieht für das Jahr 1995 einen Unternehmensgewinn von 301 Millionen Franken vor. In diesem Zusammenhang darf ich sagen, Herr Leuenberger Ernst, dass die PTT der Bundeskasse 1995 270 Millionen Franken abliefern werden. Das ist ein stolzer Betrag, und er muss auch verdient werden.

Die PTT haben einen Gewinn von 251 Millionen Franken budgetiert und für 1995 ausserordentliche Abschreibungen und Zusatzabschreibungen in der Höhe von 500 Millionen Franken vorgesehen. Der Bundesrat hat diese Abschreibungen als zu hoch erachtet und eine Korrektur um 50 Millionen Franken vorgenommen, wodurch sich der budgetierte Betrag entsprechend erhöht. Ich komme noch auf diesen Punkt zurück.

Der Cash-flow erreicht 3,8 Milliarden Franken und liegt damit rund 600 Millionen Franken über dem mutmasslichen Resultat von 1994. Für Investitionen werden 4,013 Milliarden Franken eingeplant, also gleich viel wie 1994. Das hohe Investitionsvolumen wird also beibehalten; es kann – das ist erfreulich – zu 95 Prozent durch den Cash-flow finanziert werden.

2. Ich möchte nun etwas zu den ausserordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen sagen. Ich habe es erwähnt: Der Bundesrat hat bei diesem Posten eine Korrektur vorgenommen. Dies sowohl beim Budget als auch beim Finanzplan. Für 1995 wurden die erwähnten Abschreibungen vom Bundesrat um 50 Millionen Franken, 1996 um 80 Millionen Franken und 1997 um 90 Millionen Franken herabgesetzt. Mit 2,45 Milliarden Franken für drei Jahre sind sie aber gleichwohl noch massiv. Diese ausserordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen sind jedoch dringend notwendig, weil in der Vergangenheit grosszügig und in bester Qualität investiert wurde. Sie sind notwendig, weil früher, gemessen an den heutigen Marktpreisen, Gebäude und Anlagen zu wenig rasch abgeschrieben wurden; sie sind notwendig, weil der rasante technologische Fortschritt insbesondere bei Fernmeldeeinrichtungen zu einem massiven Preiszerfall geführt hat, und schliesslich, weil damit späteren Sanierungsfällen rechtzeitig vorgebeugt werden kann.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht interessant, wenn ich erwähne, dass die deutsche Telecom Bewertungskorrekturen von sage und schreibe 14 Milliarden Deutsche Mark für 1993/94 vorgenommen hat.

3. Zu den Verkehrsentwicklungen und zu den Tarifen: 1995 wird bei der Post eine Nachfragesteigerung von 0,7 und bei der Telecom eine solche von 2,6 Prozent erwartet.

Am 2. November 1994 hat der Bundesrat die Tarifmassnahmen 1995 gutgeheissen. Auf den 1. Januar 1995 werden alle Dienstleistungen der Telecom sowie der Postautodienst, die Pakete über 5 Kilogramm, Zeitungen und Zeitungsbeilagen sowie Sendungen ohne Adresse der Mehrwertsteuer unterstellt. Im Telecombereich wird – dies an die Adresse von Herrn Jenni – aus marktwirtschaftlichen und sozialen Gründen bei den Telefon-Abonnementsgebühren, beim Ortsverkehr und bei den Publiken auf eine integrale Überwälzung der Mehrwertsteuer verzichtet. Beim Auslandverkehr und bei Mietleitungen müssen die Tarife aus Konkurrenzgründen ein weiteres Mal gesenkt werden, Herr Jenni. Er hört nicht zu, aber vielleicht liest er es dann im Protokoll. Unter dem Strich resultiert da für die PTT eine Ergebnisverschlechterung von 104 Millionen Franken. Sie sehen also: Vieles, was hier gesagt wurde, ist einfach nicht richtig.

4. Zum Personal- und zum Sachmittelbedarf: Ich möchte festhalten, dass laut Voranschlag 1995 der bewilligte Personalbestand ohne Lehrlinge in Biga-Berufen um 2346 Stellen abnehmen wird. Er umfasst noch 58 400 Personen. Der Personalaufwand beläuft sich auf 5,9 Milliarden Franken. Weitere finanzielle Eckgrössen sind in diesem Zusammenhang der Fremdaufwand (4,5 Mrd. Franken), die Abschreibungen (3,4 Mrd. Franken) und der Zinsaufwand mit noch 202 Millionen Franken. Hier ist der Vergleich zum Vorjahr interessant: Letztes Jahr waren es 306 Millionen Franken.

5. Zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen: Zeitungstransporte, Postautodienst, See- und Flugfunk figurieren mit 479 Millionen Franken im Voranschlag. Beim Zeitungstransport ist für 1995 erstmals ein Abgeltungsbetrag des Bundes von 75 Millionen Franken vorgesehen. Voraussetzung ist allerdings die Revision von Artikel 10 des Postverkehrsgesetzes, etwas, das man hier schon mehrmals gefordert hat. Es war aber eine Zangengeburt; es musste versucht werden, einen Kompromiss sowohl für den Bund als auch für die PTT und die Zeitungsverleger zu finden.

6. Zum Finanzplan: Die vorgesehenen Unternehmensergebnisse belaufen sich auf 334 Millionen Franken für 1996 bzw. 394 Millionen Franken für 1997. Die entsprechenden Korrekturen von Seiten des Bundesrates bei den Abschreibungen sind hier eingerechnet. Die Investitionen werden mit 4,014 bzw. 3,916 Milliarden Franken auf dem Niveau des Budgets 1995 stabilisiert. Sie können ab 1996 vollständig durch den Cash-flow finanziert werden. Das ist neu, das ist erfreulich.

Daraus ersieht man die grossen Anstrengungen, die hier von Seiten der PTT, aber auch des Bundesrates unternommen wurden.

Kurz- und mittelfristige Risiken ergeben sich insbesondere aus der Liberalisierung der internationalen Märkte und dem damit einhergehenden Wettbewerbsdruck, der von Tag zu Tag zunimmt. Dieser Herausforderung begegnen die PTT mit differenzierten Markt- und Produktstrategien. In allen Tätigkeitsgebieten führen Rationalisierungsprojekte zur Effizienzsteigerung.

Nun möchte ich zu den vielen Fragen wie folgt Stellung nehmen:

Zunächst zu der von Herrn Züger angesprochenen Liberalisierung der Netze: Ich möchte festhalten, dass diese Problematik gründlich abgeklärt wird. Herr Züger, Sie können zur Kenntnis nehmen, dass an der Grundversorgung für die ganze Schweiz nicht gerüttelt wird. Es ist falsch, wenn man die Angst an die Wand malt. Aber es muss geprüft werden, wie dies auch in einem liberalisierten Umfeld möglich ist, denn die Europäische Union wird auch die Netze liberalisieren. Der Druck auf unsere Wirtschaft wächst.

In bezug auf den Zahlungsverkehr möchte ich festhalten, dass die PTT hier trotz starker Konkurrenz zusätzliche Kunden gewinnen konnten. Die Anzahl Postkonti stieg 1993 auf 1,47 Millionen oder um 4,6 Prozent an. Der durchschnittliche Bestand an Kontogeldern erreichte 12,8 Milliarden Franken. Das ist eine Zunahme von 4,2 Prozent. Die Automation des Zahlungsverkehrs schreitet planmässig voran und ist entscheidend für ein erfolgreiches Bestehen im sehr hart umkämpften Zahlungsverkehrsmarkt.

Herr Comby hat verschiedene Fragen gestellt:

1. Im Zusammenhang mit der Bemerkung betreffend «l'accélération de la réforme en cours de l'Entreprise des PTT en vue d'une libéralisation» sehen Sie, dass die einen beschleunigen, die anderen aber bremsen möchten. Ich halte fest, dass wir mit Volldampf arbeiten. Das Parlament wird sich 1996/97 mit den Revisionsvorlagen zum PTT-Organisationsgesetz, zum Postgesetz und zum Fernmeldegesetz befassen können. Die Dringlichkeit ist erkannt.

2. Zur Frage betreffend «les prestations en faveur de l'économie générale» sei folgendes gesagt: Die Unternehmensschritte der PTT werden und dürfen nicht zum Nachteil der Randregionen erfolgen. Die flächendeckende Grundversorgung muss gewährleistet sein. Aber auch hier brauchen die PTT die notwendige Flexibilität und Autonomie.

3. Was «la situation des journaux» anbetrifft, ist vorgesehen, dass Zeitungen auch in Zukunft Vorzugstarife erhalten. Die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen wird in Artikel 10 des Postverkehrsgesetzes zu regeln sein. Ich hoffe, dass wir diesen Artikel 10 noch in dieser Session, und zwar wie traktandiert am 15. Dezember 1994, behandeln können.

4. Die Frage über «la répartition des commandes des PTT» wird immer wieder gestellt. Die PTT unternehmen alles, um dieser Forderung Rechnung zu tragen. Aber sie müssen auch vermehrt unternehmerisch handeln können. Das ist eine Gratwanderung.

5. Die Frage betreffend «le projet important de libéralisation et de réorganisation des PTT» habe ich einleitend beantwortet. Wir sind mit Volldampf an der Sache.

6. In der «acquisition de logements pour le personnel» sind gewisse zusätzliche Anstrengungen notwendig. Das Personal ist ein wesentlicher Faktor. Die PTT sind sich dessen bewusst.

7. Die Frage über «les places de stages pour les jeunes» lässt sich wie folgt beantworten: Rund die Hälfte der durch die Aktion «Solidarité», die vom Personal geschätzt wurde, frei werdenden Stellen werden durch junge Arbeitskräfte wieder besetzt.

Ich möchte nun die Fragen von Herrn Theubet von der CVP über die Flexibilität bei den Salären beantworten: Die Reform der PTT soll auch im Personalbereich grössere Flexibilität bringen. Das Problem ist erkannt. Es wird weiter studiert. Über die Motion der CVP-Fraktion uns zu unterhalten, haben wir heute noch Gelegenheit. Ihre dritte Frage: Die Schliessung der Postbüros wird im Einzelfall immer wieder untersucht. Es wird immer angestrebt, dass die Bevölkerung keinen Leistungsabbau

in Kauf nehmen muss. Das ist bis jetzt, so glaube ich behaupten zu dürfen, weitgehend gelungen.

Zu Herrn Dünki von der EVP/LdU-Fraktion: Der Verkehr hat in verschiedenen Kategorien, namentlich bei der Briefpost, wieder zugenommen, wir haben positive Wachstumsraten. Das Problem ist die Paketpost. Hier ist eine neue Strategie in Vorbereitung: «Paketpost 2000». Aber hier brauchen die PTT noch etwas Zeit. An der flächendeckenden Grundversorgung, die für Sie so wichtig ist, wird nicht gerüttelt.

In Bezug auf die Reorganisation möchte ich festhalten, dass der PTT-Verwaltungsrat folgende Lösung vorsieht: einmal die Post als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit; dann die Telecom als spezialgesetzliche AG des öffentlichen Rechts; hier ist es wichtig, dass wir sehr rasch die Anpassung vornehmen, sonst wird die Telecom den weltweit 6. Rang – dass sie heute diesen Rang einnimmt, ist für unser kleines Land eine ausgezeichnete Leistung; ich wäre froh, wenn auch Herr Dreher von dieser Leistung Kenntnis nehmen würde – nicht mehr halten können; schliesslich will man eine PTT-Holding als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit schaffen. Die PTT sollen also eine moderne Unternehmensstruktur erhalten, die aber auf die Bedürfnisse und Gegebenheiten dieses Landes Rücksicht nehmen wird. Wir werden uns diesbezüglich wieder unterhalten.

In Bezug auf Herrn Leuenberger Ernst, den Präsidenten der Finanzkommission, möchte ich sagen: Der Stellenabbau wird sozial durchgeführt, sonst würde ich am Morgen beim Joggen ein schlechtes Gewissen bekommen, was ich jedoch nicht habe. Der Stellenabbau wurde korrekt durchgeführt, was hier auch korrekt dargestellt werden muss. Was wäre die Alternative? Stellen, die man nicht braucht, beizubehalten, wäre auch nicht verantwortungsbewusst. Im übrigen möchte ich Sie bitten, folgendes zur Kenntnis zu nehmen: 1994 hatten die PTT gleichviel Personal wie 1988, es ist also kein drastischer Abbau. Es sind Rationalisierungen, nicht Selbstzweck.

Bei der Privatisierung möchte ich Sie bitten zur Kenntnis nehmen, dass man differenziert und verfassungskonform vorgehen will. Die Verfassung muss nicht aufgrund dieses Modells – wie ich es Herrn Dünki erläutert habe – angepasst werden. Sie kennen das entsprechende Gutachten; Sie waren auch an diesem Seminar auf dem Chaumont, wo das Vorgehen in grossen Zügen skizziert wurde. Die PTT müssen aber, wollen sie als Unternehmen erfolgreich sein, flexibler werden.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Schmid Peter: Zum Gütertransport, den Sie kritisiert haben, möchte ich folgendes sagen: Der Transport zwischen den Centern erfolgt auf der Schiene wie auch zwischen den Centern und den Poststellen, sofern die Schiene gegenüber der Strasse konkurrenzfähig ist. Das ist die Situation, die die PTT, nicht zuletzt aus Wettbewerbsgründen, beachten müssen.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Narbel von der Liberalen Partei: Der Wunsch, bessere Konditionen gleichbedeutend mit besserer Qualität zu haben, ist auch unser Wunsch. Wir versuchen, diesem Wunsch gerecht zu werden. Die PTT müssen aber für den Wettbewerb fit werden oder bleiben, deshalb die Revision des Organisationsgesetzes, deshalb die Revision des Fernmeldegesetzes, deshalb die Anpassung des Postgesetzes. Ihre Wünsche werden bei diesen Revisionen berücksichtigt werden.

In Bezug auf Herrn Dreher, Monopole oder Telefonie: Auch das wird im Rahmen der Revision des Fernmeldegesetzes überprüft. Aber das Heil ist auch nicht nur beim ungezügelter Wettbewerb zu erwarten. Wir brauchen hier eine schrittweise und eine massvolle Öffnung zum Markt.

Zum Defizitzuwachs beim Postautoverkehr: Ich habe Ihre Zahlen zur Kenntnis genommen. Wenn man sie so präsentiert, dann ist das, wie Sie gesagt haben, kritikanfällig. Aber ich möchte festhalten, dass das Angebot sehr stark ausgebaut wurde; wir wollen jetzt gerade im neuen Eisenbahngesetz Abhilfe schaffen. Ich möchte Sie bitten, dieses Eisenbahngesetz vielleicht einmal zu lesen. Die öffentliche Hand muss bezahlen, wenn sie ein Angebot will; das Bestellerprinzip wird nun also eingeführt.

Die Post: Sie haben die Qualität der Post kritisiert. Ich bin mit Ihrer Analyse nur teilweise einverstanden. Wenn ich die Zahlen

und die Analysen der PTT begutachte, muss ich sagen, dass im Vergleich zum Ausland die Qualität unserer Post gut ist. Aber die Post muss dafür besorgt sein, dass die Qualität ihrer Dienstleistungen nicht schlechter wird. In Bezug auf die Werbung möchte ich Sie bitten, etwas grosszügiger zu sein. Hier sollte die unternehmerische Freiheit beachtet werden. Aber wenn das stimmt, was Sie gezeigt haben, dann werde ich der Sache nachgehen.

Zum Schluss möchte ich festhalten, dass die PTT dem Bund von 1978 bis 1994 rund 2,5 Milliarden Franken abgeliefert haben. Das ist eine stolze Summe und ein wichtiger Beitrag. Im nächsten Jahr werden es wiederum 270 Millionen Franken sein. Daraus ist zu ersehen, dass die PTT auch in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit nicht zuletzt dem Bund Geld bringen, aber auch sehr viele gute Dienstleistungen offerieren. Diese Dienstleistungen müssen bezahlt werden.

Ich möchte auch hier dem Personal für die gute Arbeit im Jahre 1994 danken, und ich hoffe, dass all das, was bemängelt wurde, im kommenden Jahr verbessert werden kann. Wir werden uns Mühe geben.

Bundesbeschluss über den Finanzvoranschlag der PTT-Betriebe für das Jahr 1995

Arrêté fédéral concernant le budget financier de l'Entreprise des PTT pour l'année 1995

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Aubry, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäuml, Béquelin, Bezzola, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Blocher, Borradori, Bortoluzzi, Bugnon, Bühler Simeon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Camponovo, Caspar-Hutter, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser, Deiss, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fehr, von Felten, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Fritsch Oscar, Früh, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Ruckstuhl, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Strahm Rudolf, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Zisayadis, Züger, Zwahlen (134)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Scherrer Werner

(1)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Borer Roland, Dreher, Moser, Scherrer Jürg, Steinemann (5)

Abwesend sind – Sont absents:

Allenspach, Aregger, Bär, Berger, Binder, Bodenmann, Bonny, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Caccia, Carobbio, Cavadini Adriano, Darbel-
lay, de Dardel, David, Dettling, Duvoisin, Eggly, Eymann Chri-
stoph, Fasel, Fischer-Hägglingen, Giezendanner, Giger, Go-
bet, Graber, Gysin, Hafner Ursula, Jaeger, Jöri, Ledergerber,
Lepori Bonetti, Mamie, Marti Werner, Maspoli, Matthey, Meyer
Theo, Misteli, Mühlemann, Neuenschwander, Pidoux, Poncet,
Rohrbasser, Ruf, Rychen, Segmüller, Sieber, Spielmann, Stei-
ger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Tschopp,
Vollmer, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zwygart (59)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.051

PTT. Voranschlag 1994.**Nachtrag II****PTT. Budget 1994.****Supplément II**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. Oktober 1994

Message et projet d'arrêté du 19 octobre 1994

Bezug bei der Generaldirektion PTT,

Viktoriastrasse 21, 3030 Bern

S'obtiennent auprès de la Direction générale des PTT,

Viktoriastrasse 21, 3030 Berne

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Züger Arthur (S, SZ), Berichterstatter: Erlauben Sie mir aus-
nahmsweise noch ein Wort zur eben abgeschlossenen Bud-
getdebatte. Ich wende mich an Herrn Bühler Simeon und auch
ein bisschen an Herrn Bundesrat Ogi. Nicht nur Leute, die ent-
lassen werden, stehen vor den Arbeitsämtern; auch Leute, die
wegen Stellenabbau nicht eingestellt werden können, finden
sich dort ein. So unrecht hat also Kollege Leuenberger Ernst
mit seinem Votum nicht.

Nun zu den Nachtragskrediten: Es handelt sich lediglich um
44 Millionen Franken. Dieser Betrag kann bei anderen Bud-
getrubriken eingespart werden; der budgetierte Unterneh-
mensgewinn für 1994 wird dadurch nicht verkleinert.

Im Namen der einstimmigen Finanzkommission bitte ich Sie,
den Nachtragskrediten zuzustimmen.

**Bundesbeschluss über den Nachtrag II
zum Finanzvoranschlag der PTT-Betriebe
für das Jahr 1994**

**Arrêté fédéral concernant le supplément II
au budget financier de l'Entreprises des PTT
pour l'année 1994**

*Eintreten ist obligatorisch**L'entrée en matière est acquise de plein droit**Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Art. 1, 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Namentliche Gesamtabstimmung**Vote sur l'ensemble, par appel nominal**Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aguet, Baumann Ruedi, Baumberger, Bäumlín, Bezzola, Bir-
cher Peter, Bischof, Blatter, Borradori, Bugnon, Bühler Si-
meon, Bundi, Bürgi, Camponovo, Caspar-Hutter, Chevallaz,
Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Couchepin, Danuser,
Deiss, Dormann, Ducret, Dünki, Eggenberger, Engler, Epiney,
Fankhauser, Fehr, von Felten, Fischer-Sursee, Frey Walter,
Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Goll, Gonseth, Grendel-
meier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Haering Binder,
Hafner Rudolf, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess
Otto, Hess Peter, Hollenstein, Iten Joseph, Keller Anton, Keller
Rudolf, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuba, Leuenberger
Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Maitre, Mauch Rolf, Mau-
rer, Meier Hans, Miesch, Müller, Narbel, Nebiker, Oehler, Pe-
rey, Pini, Raggenbass, Reimann Maximilian, Robert, Ruck-
stuhl, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Schenk, Scherrer Werner,
Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhal-
ter, Schmied Walter, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Seiler
Rolf, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Stein-
egger, Stucky, Theubet, Tschäppät Alexander, Tschuppert
Karl, Vetterli, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wittenwiler,
Wyss William, Zbinden, Zisyadis, Züger, Zwahlen (107)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Blocher (1)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Borer Roland, Jenni Peter, Kern, Moser, Steinemann (5)

Abwesend sind – Sont absents:

Allenspach, Aregger, Aubry, Bär, Baumann Stephanie, Bé-
guelin, Berger, Binder, Bodenmann, Bonny, Borel François,
Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann,
Bühler Gerold, Caccia, Carobbio, Cavadini Adriano, Darbel-
lay, de Dardel, David, Dettling, Diener, Dreher, Duvoisin,
Eggly, Eymann Christoph, Fasel, Fischer-Hägglingen, Fi-
scher-Seengen, Giezendanner, Giger, Gobet, Graber, Gross
Andreas, Gysin, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Hildbrand,
Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber,
Lepori Bonetti, Loeb François, Mamie, Marti Werner, Maspoli,
Matthey, Mauch Ursula, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli,
Mühlemann, Nabholz, Neuenschwander, Ostermann, Philo-
pona, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Rohrbasser, Ruf, Rychen,
Savary, Scherrer Jürg, Schnider, Segmüller, Sieber, Spiel-
mann, Spoerry, Stalder, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Suter,
Thür, Tschopp, Vollmer, Wanner, Wiederkehr, Ziegler Jean,
Zwygart (86)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

PTT. Voranschlag 1995

PTT. Budget 1995

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.052
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.12.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	2121-2131
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 843

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.